

„Den Amerikanern traue ich eine große Zukunft [schon] deshalb nicht zu, weil sie in meinen Augen ein verderbter und korrupter Staat sind [...] Ein Engländer [ist mir] tausendmal lieber als ein Amerikaner. [...] Einen Hass und eine Abneigung tiefster Art habe ich gegen den Amerikanismus. Jeder europäische Staat steht einem näher. Amerika ist in seiner ganzen geistigen Haltung eine halb verjudete und vernegerte Gesellschaft [...]“ So äußerte sich Adolf Hitler im Winter 1941/42 nach der deutschen Kriegserklärung an die USA. Der deutsche Antiamerikanismus in seiner historischen Form hatte bei ihm seinen Höhepunkt erreicht. Hitlers Aussage verweist gleichzeitig auf die Wurzeln eines Phänomens, das gegenwärtig auf beiden Seiten des Atlantiks wieder in aller Munde ist. Welches sind die historischen Wurzeln dieses deutschen Verdammungsurteils über die Vereinigten Staaten, ja über alles US-Amerikanische?

Antiamerikanismus: Eine Definition

Vorweg empfiehlt sich eine Verdeutlichung dessen, was hier mit „Antiamerikanismus“ gemeint ist. Offensichtlich geht es dabei weder um die Ergebnisse einer wissenschaftlich-kritischen Beschäftigung mit der politischen, gesellschaftlichen oder weltanschaulichen Kultur Amerikas noch um eine gezielte Kritik an konkreten politischen Entscheidungen einer bestimmten amerikanischen Regierung. Unter Antiamerikanismus soll hier

vielmehr zweierlei verstanden werden: zum einen in der Form einer von einer breiteren Öffentlichkeit getragene diffuse Stimmung, die mehr gefühlsbestimmt als seriös informiert ist – zum anderen als eine Art Kampagne, der es nicht auf Orientierung ankommt, sondern die darauf aus ist, ein Feindbild aufzubauen, um damit einem bestimmten aktuellen politischen Zweck zu dienen.

Man muss nun einräumen, dass die Grenzen zwischen einem Antiamerikanismus in dem eben definierten Sinn und einer sachlich fundierten Kritik an den Vereinigten Staaten bisweilen fließend sein können. Aber ein einigermaßen deutliches inhaltliches Unterscheidungsmerkmal zwischen pauschalem Antiamerikanismus und informierter Amerikakritik gibt es doch: Jede verantwortungsbewusste und überlegte Amerikakritik wird sich auf konkrete Erscheinungen des politischen oder wirtschaftlichen Lebens der USA konzentrieren, wird sich dabei aber hüten, derartige Einzelbeobachtungen zu verallgemeinern.

Der Antiamerikanismus hingegen verachtet derartige methodische Skrupel. Sein Verfahren ist einfacher: Er greift einen aus seiner Sicht verdammenswerten Aspekt US-Amerikas heraus und konstruiert aus diesem einen Aspekt dann ohne weitere Umschweife ein umfassendes Feindbild der Vereinigten Staaten als der Verkörperung einer politischen Kultur im weitesten Sinne, die sich grundlegend von der politischen Kultur Europas unterscheidet: Zwischen der Alten und

der Neuen Welt wird so, um den Ausdruck Samuel Huntingtons zu benutzen, ein Kampf der Kulturen konstruiert. Was dabei herauskommt, ist eine Karikatur – ein Zerrbild, das dennoch sehr wohl Teil eines populären Geschichtsbildes werden kann.

Der deutsche Antiamerikanismus der zwanziger Jahre besaß eine lange Vorgeschichte. Eine wenig differenzierende deutsche Kulturkritik an Amerika gab es schon seit dem frühen neunzehnten Jahrhundert. Wirklich massenwirksam wurden diese antiamerikanischen Tendenzen aber erst seit dem Ersten Weltkrieg. Amerika blieb damals bekanntlich zunächst neutral. Dennoch drohte sein Eingreifen in den Konflikt, falls Deutschland seinen Handelskrieg mit U-Booten in einer Weise führte, welche die Interessen der USA als Seemacht beeinträchtigte. Es gab gewichtige Stimmen im damaligen Deutschland, die davor warnten. Doch blieben sie in der Minderheit. Die Mehrheit, die sich auf die Rechtsparteien und das Militär stützte, verurteilte die USA als eine Macht, die so oder so in den Krieg der Entente-Mächte gegen Deutschland eingreifen werde. In diesem Feldzug gegen das, was man als heuchlerische amerikanische Scheinneutralität brandmarkte, liegen die unmittelbaren Ursprünge des politischen deutschen Antiamerikanismus der zwanziger Jahre.

Der Friedensschluss von Versailles verschärfte die antiamerikanischen Hassreden in Deutschland. Die Persönlichkeit des amerikanischen Kriegspräsidenten Woodrow Wilson lieferte den Hauptangriffspunkt. Diesen hatte die deutsche Regierung Anfang Oktober 1918 in höchster militärischer Not um die Vermittlung eines Waffenstillstandes und eines Friedens ersucht, der auf seinem Friedensprogramm der Vierzehn Punkte beruhte. Die damalige deutsche Führung – zu der ja auch Sozialdemokraten gehörten – hoffte, mithilfe dieses maßvollen

Friedensprogramms den Folgen des verlorenen Krieges entgehen zu können. Das „Diktat“ von Versailles enttäuschte diese Illusionen. Hier setzte die Pressekampagne der deutschen Rechten an. Diese hatte während des ganzen Krieges vor den „Sirenengesängen“ Wilsons gewarnt: Dessen Versprechungen einer maßvollen Behandlung eines demokratisierten Deutschlands seien ein bloßer „Schwindel“; die deutsche Führung dürfe die Waffen im Vertrauen auf diesen Schwindel nicht niederlegen. Als sie dies mit dem Waffenstillstand vom 11. November 1918 dann doch tat und als ein halbes Jahr später die Friedensbedingungen wirklich nicht so milde ausfielen, wie man dies gehofft hatte, konnte die Rechte nur triumphieren. Ihr Antiamerikanismus, in dessen Mittelpunkt die Person Wilsons stand, wurde eine Variante der berühmten Dolchstoßlegende. Die deutsche Linke, so hieß es jetzt, sei Wilsons Versprechungen auf den Leim gegangen; sie hätte Deutschland durch den Waffenstillstand und die Revolution wehrlos gemacht und damit die Voraussetzungen für den alliierten „Diktatfrieden“ geschaffen. Wilson und seine Propaganda seien damit die eigentlichen Urheber des deutschen Unglückes geworden: Die Rechte sah sich in ihrer Verurteilung Amerikas als einer moralisch diskreditierten Weltmacht bestätigt. Wie die amerikanische Kriegserklärung von 1917 so bewirkte auch das Bekanntwerden der Bedingungen des Versailler Friedens in Deutschland, dass diese rechtsextremen Ressentiments nun auch Vertreter der politischen Mitte wie Friedrich Naumann erfassten.

Dollarimperialismus

Mit der Entspannung der internationalen Lage reduzierte sich die Basis des politischen Antiamerikanismus mehr und mehr auf die politischen Extremflügel des politischen Spektrums – vor allem auf die

extreme Rechte. Hier festigte sich die Vorstellung von Amerika als einer imperialen Finanzsupermacht, die sich in die inneren Angelegenheiten des verarmten Deutschlands einmischte und dieses so in ihre Abhängigkeit zu bringen trachtete. Neu war die Verbindung zwischen Antiamerikanismus und Antisemitismus: Amerika galt jetzt als „Judenstaat“, als Führer der „Gelben Internationalen“, der Amerikanismus als „geronnener Judengeist“. Unter dem Eindruck der Wirtschaftskrise traten antikapitalistische Nebentöne hinzu. In diesem Sinne wurde der Young-Plan zur Regelung der Reparationsfrage (1929) als Versuch einer Kolonisierung Deutschlands durch den „Dollarimperialismus“ gebrandmarkt.

Es war vor allem Hitler, der sich in dieser Kampagne profilierte. Seine öffentlichen Äußerungen aus den frühen zwanziger Jahren lieferten ein getreues Echo der rechtsradikalen antiamerikanischen Klischees. Auch er sah in dem Kriegseintritt der USA und im Young-Plan das Ergebnis von Machinationen der amerikanischen Hochfinanz. Seine Feindseligkeit gegen Wilson, einen „moralischen und physischen Syphilitiker“ und Betrüger, wie er ihn nannte, steigerte sich in den Jahren nach Kriegsende zu einer ständig wiederholten fixen Idee. Natürlich trug auch sein Antiamerikanismus populistisch-antisemitische Züge, besaß hier allerdings zugleich eine schizophrene Note: Hitler sah im Aufbau der Vereinigten Staaten eine Leistung der nordischen Rasse, die den nordamerikanischen Großraum geschaffen hatte – eine Leistung, die er, vor allem von ihrer technologischen Seite, durchaus als Vorbild für ein zukünftiges Deutschland betrachtete. Der durch die Einwanderungsgesetzgebung geförderten Behauptung dieser weißen Führungsschicht stehe freilich der wachsende jüdische Einfluss gegenüber. Als machtvoller Großraum und gleichzeitig potenzieller Exponent der „jüdischen Weltanschauung“ er-

schiene ihm die USA daher für die Zukunft als ein besonders gefährlicher, ja als „absoluter“ Gegner Deutschlands, den dieses nur dann im Schach zu halten vermochte, wenn es sich eines Tages den eurasischen Doppelkontinent untertan machte. An der fixen Idee, dass Deutschland als Führer Europas eines fernen Tages mit den USA den Kampf um die Weltherrschaft werde ausfechten müssen, hat Hitler bis in den Zweiten Weltkrieg hinein festgehalten.

Der rechtsradikale Antiamerikanismus in der Weimarer Republik besaß seine Entsprechung bei der extremen Linken. Schon der Spartakusbund und dann die Kommunisten sahen in der von Wilson erstrebten Weltordnung den eigentlichen und wirkungsvollsten Widersacher auf dem Wege zu einer proletarischen Weltrevolution. Wilson galt ihnen als Hauptagent kapitalistischer Interessen. Zusammen mit den europäischen Westmächten erschien Amerika aus kommunistischer Sicht schon in den zwanziger Jahren als Verkörperung des von Lenin zuerst analysierten internationalen Finanzkapitalismus. Die Parallele zu den Stereotypen der extremen Rechten ist unübersehbar: Beide Male erscheinen die USA als Haupthindernis auf dem Wege der Verwirklichung der eigenen Zukunftsziele. Bei der Linken war dies die Weltherrschaft des Proletariates, bei der Rechten die Rückkehr Deutschlands in die Stellung einer nach allen Seiten unabhängigen Weltmacht. Aus beiden Perspektiven heraus erhielt Deutschland die Rolle des Arbeiters im Widerstand gegen seine kapitalistisch-imperialistischen Ausbeuter.

Der bürgerliche Antiamerikanismus

Allerdings war auch das Verhältnis der gemäßigt-sozialistischen und der bürgerlichen Linken zu den USA zeitweise ambivalent. Die USA blieben aus sozialdemokratischer Sicht das Land des Kapita-

lismus *par excellence* sowie eine Gesellschaft ohne nennenswerte politische Arbeiterbewegung und galten damit als eine Herausforderung an die Grundprämissen des wissenschaftlichen Marxismus. In die Amerikakritik der gemäßigten Linken floss aber noch ein ganz anderes Element mit hinein. Es entstammte einem ästhetisierenden Individualismus, der sich mit den wirtschaftlichen Neuerungen des damaligen Amerika – Versandhäusern und neuartigen Reklametechniken zum Beispiel – nicht recht anfreunden konnte.

Diese Art von *kulturkritischem* Antiamerikanismus kam nun auch beim deutschen Bildungsbürger an. Seine Wurzeln sind ebenfalls im Ersten Weltkrieg zu suchen. „Händler gegen Helden“ hatte damals das Stichwort gelautet, mit dem deutsche Publizisten den Kampf Englands gegen Deutschland ideologisch unterfütterten. Dementsprechend wurde Amerika, als es seinerseits in den Krieg eintrat, als eine Art Super-England geschmäht – gewissermaßen als „Super-Händler“, dessen Interessen sich ausschließlich im Bereich des Wirtschaftlich-Materiellen bewegten. Dies, so wurde ausgeführt, machte in Amerika zum Beispiel die Existenz einer unparteiischen und interessenungebundenen Beamten-schaft, wie sie Deutschland besaß, und überhaupt das Walten eines Staates über den Parteien ebenso unmöglich wie die Durchsetzung individueller Erziehung und Bildung.

Paradoxerweise erreichte der kulturkritische Antiamerikanismus seinen Höhepunkt erst in einer Zeit, in der die Weimarer Republik und die USA außenwirtschaftlich und außenpolitisch immer enger zusammenarbeiteten. In vieler Hinsicht war dies eine Reaktion, hatte doch nach der Inflationszeit eine Art publizistischer Neuentdeckung Amerikas stattgefunden, die Amerika und den Antiamerikanismus als kulturelles und gesellschaftliches Vorbild für Deutschland anpries.

Dieses Lob blieb nicht unwidersprochen. Ein kulturkritischer deutscher Antiamerikanismus kam auf, der zum Teil auf die inneramerikanische Gesellschaftskritik zurückgriff und den Vorbildcharakter Amerikas für Deutschland nicht gelten lassen wollte. An erster Stelle tat dies Adolf Halfeld, ein Journalist, der nach Kriegsende mehrere Jahre als Korrespondent des *Hamburger Fremdenblattes* in den USA tätig gewesen war. Sein 1927 erschienenes Buch *Amerika und der Antiamerikanismus. Kritische Betrachtungen eines Deutschen und eines Europäers* wurde ein Bestseller. Es kann bis heute als das umfassendste Kompendium des kulturkritischen deutschen Antiamerikanismus der zwanziger Jahre gelten. „In Amerika“, so lautete Halfelds Verdikt, „ist die Zivilisation des Massenmenschen mit äußerster Folgerichtigkeit verwirklicht worden. Hier ist gewiss etwas großartig Neues – eine Maschine, die mit unfehlbarer Präzision arbeitet, aber auch alle Nachteile der Maschine aufweist: Allherrschaft der Regel und Erstorbenheit des freien Willens.“ Gegen den Einfluss der urbanisierten und degenerierten Mehrheit der Amerikaner zu protestieren hätten einzig Teile der amerikanischen Jugend gewagt. Doch habe sich dieser Protest an Idealen der „Alten Welt“ orientiert. Halfeld verstand es die Berufung auf einen humanistischen Individualismus mit der Verherrlichung des starken „organischen“ Staates zu verbinden. Dass sich hier ein Widerspruch auftat, übersah er: Die Erfahrung des totalen Staates lag noch vor ihm – in dem er sich dann 1933 auf die Seite der neuen Machthaber schlug. Halfelds Buch wurde glänzend besprochen. Er hatte offenbar den richtigen Ton für alle diejenigen seiner Leser getroffen, die von dem unüberbrückbaren Abgrund überzeugt waren, der sich zwischen deutscher spiritueller Kultur und amerikanischer degeneriert-materieller Zivilisation scheinbar auftat.

Obwohl unterschiedlich verbreitet, hingen der politische und der kulturkritische Antiamerikanismus eng miteinander zusammen. Was erklärt Aufkommen und Breitenausstrahlung dieser beiden Phänomene?

Antiamerikanismus versus Moderne

Sie sind vor allem in drei Bereichen zu suchen: Zum *einen* waren die Vereinigten Staaten als in Europa aktiv wirkende Macht aus der Sicht vieler damaliger Deutscher ein Eindringling von einer Neuartigkeit, die sich in eingefahrene Denkschemen nur schwer einpassen ließ: Dass ein Land ohne intellektuelle Elite, ohne Beamenschaft, ohne politische Arbeiterschaft, ein Land, das nur den materiellen Erfolg als Kriterium für gesellschaftliches Ansehen kannte, wirtschaftlich in Europa immer mehr an Einfluss gewann, das war ein Novum – oder mehr noch: ein Ärgernis. Und ein noch größeres Ärgernis war es – und dies ist eine *zweite* Ursache –, dass der politische, kulturelle und wirtschaftliche Einfluss dieses Eindringlings auf Deutschland immer weniger übersehen werden konnte: Deutschland amerikanisierte sich selbst. Gemeint war damit die Öffnung Deutschlands zur Moderne: in der Kunst (Bauhausstil), in der Wirtschaft (Rationalisierung), in der Politik (der Parteienstaat). Antiamerikanismus bedeutete also die Bekämpfung modernisierender Tendenzen in Deutschland, die aus der Sicht der Rechten nichts anderes als Verfallserscheinungen waren. Nicht umsonst erging sich gerade Oswald Spengler in besonders heftigen antiamerikanischen Tiraden. Dieser Verfall konnte in zweierlei Weise gedeutet werden: als Verlust geistiger Werte allgemein oder aber als Verlust der Identität des deutschen Volkes.

Damit ist bereits die *dritte* und wohl wichtigste Wurzel des damaligen deutschen Antiamerikanismus genannt: Amerikanische Einflüsse machten sich in einem Deutschland breit, das das Trauma

seiner Niederlage im Ersten Weltkrieg geradezu mit Inbrunst kultivierte. In jenem Krieg war es aus der Sicht der nationalistischen deutschen Propaganda nicht zuletzt um die „deutsche Freiheit“, das heißt den Fortbestand der Eigenständigkeit des deutschen Volkes, gegangen – in politischer, aber auch in kultureller Hinsicht. Nach Kriegsende erschienen die USA trotz ihres partiellen Rückzuges aus Europa als die erdrückend einflussreiche Macht, die sich anschickte, die konservativ und vormodern verstandene deutsche Identität niederzuwalzen. Indem man den Amerikanismus und dessen Einflüsse zurückwies, hoffte man, die historisch gewordene Eigenart des deutschen Volkes umso reiner erhalten zu können. Der Antiamerikanismus wurde ein deutsches Problem – ein Aspekt der „Ideologie des deutschen Weges“.

Auf diese berief sich die deutsche Rechte auch immer, wenn sie die Weimarer Republik als undeutschen amerikanischen Importartikel beschimpfte. Der Antiamerikanismus diente nicht nur zur Diffamierung der Weimarer Republik letztendlich mit dem Ziele ihrer Beseitigung, sondern sollte auch den Versailler Frieden diskreditieren und so dessen Revision vorbereiten. Hier lag der eigentliche politische Zweck des deutschen Antiamerikanismus. Die politische Wirklichkeit – die Tatsache, dass es gerade die USA waren, die Deutschland bei seinem Bemühen um eine Revision von „Versailles“ vielfach Rückendeckung gewährten – verding in den „verkehrten Welten“ (Dan Diner) des deutschen Antiamerikanismus in keiner Weise.

Lässt sich der Antiamerikanismus der radikalen Linken in ähnlicher Weise erklären wie derjenige der Rechten? Politisch gesehen, kann man die Frage bejahen. Amerika als von außen hereinbrechende neuartige Realität stellte auch die Weltsicht des Marxismus-Leninismus infrage. Auch hier konnten nur Abgrenzun-

gen sicherstellen, dass die Identität der kommunistischen Bewegung in Deutschland erhalten blieb. Es gab allerdings einen Unterschied: Dem kommunistischen Antiamerikanismus fehlte die Berufung auf die deutsche Nation. Von daher wird erklärlich, weshalb die antiamerikanische Kulturkritik auf der kommunistischen Seite weniger ausgeprägt war. Dieser Umstand machte es einigen der Extremrechten angehörenden Amerikakritikern möglich, eine Wesensverwandtschaft zwischen Amerikanismus und Bolschewismus zu konstruieren.

Ein neuer Anfang?

Seitdem hat das deutsche Volk den nationalistischen Rausch des „Dritten Reiches“ und den Zweiten Weltkrieg hinter sich gebracht. Nicht zuletzt weil sich die USA erneut in einen europäischen Konflikt hineinziehen ließen, war die Niederlage dieses Mal so gründlich, dass sich die Deutschen – jedenfalls die im Westen – danach sehr viel leichter mit den demokratischen Überlieferungen des Westens versöhnen konnten, als dies nach 1918 der Fall gewesen war. Hinzu kam die Konfrontation des Westens mit der Sowjetunion und deren deutschem Satelliten. Für eine antiamerikanische „Ideologie des deutschen Sonderweges“ war damit einfach kein Raum mehr gegeben. Gewiss gab es Stimmen von unbelehrbaren Radikalkonservativen wie Hans Grimm, Ernst von Salomon oder Carl Schmitt, die nach dem Vorbild der zwanziger Jahre eine Frontstellung gegen West *und* Ost mit kulturpessimistischer Zeitkritik verbanden. Doch wurden diese Ewiggestrigen in der Öffentlichkeit zusehends zu Randerscheinungen.

Ganz und gar nicht galt dies dann allerdings für die massive und breitenwirksame Verurteilung Amerikas, mit der eine neue, vielfach neomarxistisch orientierte Linke in den mittsechziger

Jahren auf den amerikanischen Vietnamkrieg reagierte. Gegenüber dem traditionellen deutschen Antiamerikanismus wies diese Protestbewegung sowohl bedeutsame Gemeinsamkeiten als auch deutliche Unterschiede auf. Der Antiamerikanismus der „Achtundsechziger“ übernahm eine ganze Reihe von stereotypen Schlagworten über den US-„Dollarmperialismus“, die bereits in den zwanziger Jahren geprägt worden waren. Vor allem teilte er mit seinem Vorgänger die Stoßrichtung gegen das vorherrschende politische „System“ im eigenen Lande, überhaupt gegen den „bürgerlichen“ Liberalismus und dessen Werte; er teilte auch die Solidarisierung mit dem, was Arthur Moeller van den Bruck vor 1933 als „Gemeinschaft der jungen Völker“ bezeichnet hatte und was jetzt „Dritte Welt“ hieß. Der Zweck dieses „Achtundsechziger“-Antiamerikanismus war derselbe wie der seines Vorläufers in den zwanziger Jahren: Das bürgerliche „System“ sollte revolutionsreif gemacht werden.

Davon abgesehen fallen aber gerade die Unterschiede zu den zwanziger Jahren ins Auge: Die deutsche Bundesrepublik der späten sechziger Jahre ist *de facto* erheblich nachhaltiger amerikanisiert gewesen als die Weimarer Republik. Das führte dazu, dass der formale Gestus und die Argumentation dieses neuen linkslastigen Antiamerikanismus weit mehr als dessen rechtslastige Vorformen in den zwanziger Jahren dem Vorbild des Vietnamprotestes folgte, der sich in den USA selbst äußerte. Antiamerikanismus in Deutschland bedeutete jetzt oft die Gegenüberstellung eines besseren, gesinnungsethisch protestierenden Amerikas, so wie man es sich vorstellte, mit dem Amerika, das als „faschistoide“ Militärmacht in Vietnam vorging und dabei bisweilen auf derselben moralischen Ebene gesehen wurde wie Hitlerdeutschland. Insgesamt besaß der neue Antiamerika-

nismus als Breitenbewegung der Linken einen stärker politischen Fokus als der populäre, mehr kulturkritisch argumentierende Antiamerikanismus der zwanziger Jahre.

Massenproteste und Einäugigkeit

Schon in den Antiamerikanismus der „Achtundsechziger“ mischten sich bisweilen – wie etwa in Rolf Hochhuths Schrift *Krieg und Klassenkrieg* – auch nationalistische Töne, die Egon Bahr, dem Vordenker der deutschen Ostpolitik, ebenfalls nicht ganz fern lagen. In den beiden folgenden Jahrzehnten wurde dies noch deutlicher. Dies lässt sich an dem pazifistisch inspirierten Massenprotest gegen die Nachrüstung der NATO und der Bundesrepublik in den achtziger Jahren und an der Kampagne gegen den ersten Golfkrieg von 1991 zeigen. Dabei tauchten erneut bekannte Schlagworte aus der antiamerikanischen Mottenkiste der zwanziger Jahre auf, wenn die Bundesrepublik zum Beispiel als „amerikanisches Erzeugnis“ und die Anfänge der amerikanischen Republik als „Aufstand der Krämer“ bezeichnet wurden. Im Ganzen stand aber nicht mehr so sehr die innere Ordnung der Bundesrepublik im Zentrum der Kritik als vielmehr ihre Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten. Die Berufung auf die westliche Wertegemeinschaft wurde jetzt als „Satellitenargot“ geschmäht. Schon die von vielen deutschen Grünen, dem linken Flügel der SPD unter dem Einfluss von Oskar Lafontaine sowie namhaften protestantischen Theologen wie Helmut Gollwitzer und Dorothee Sölle getragene Friedensbewegung der achtziger Jahre neigte zur Einäugigkeit, indem sie die USA als Militärmacht erheblich schärfer attackierte als die UdSSR. Nach der großen Wende von 1989/90 und dem Zusammenbruch der UdSSR war ein Appell an die beiden Supermächte, für Frieden und Entspannung zu sorgen, ohnehin gegenstandslos

geworden. Die Propaganda der Friedensbewegung konnte deshalb zur Zeit des ersten Golfkrieges nur noch einen Gegner im Visier haben – die USA, die einzig verbliebene Supermacht. Dass diese anti-amerikanische Kampagne sogleich mit dem Beginn des Krieges losbrechen konnte, war umso bemerkenswerter und für Regierung und Öffentlichkeit in den USA umso schockierender, als die Erinnerung an die Vereinigung Deutschlands noch lebendig war, die die Deutschen in nicht unerheblichem Maße der amerikanischen Rückendeckung zu verdanken hatten. Doch konnte diese Dankesschuld gerade bei vielen Grünen und der unterschiedenen Linken kaum ins Gewicht fallen, dachte man hier doch mehr west- als gesamtdeutsch und brachte oft genug wenig Verständnis für das Streben nach Überwindung der deutschen Teilung auf.

Was die friedensbewegten Protestler der achtziger und frühen neunziger Jahre getragen hatte, war in vieler Hinsicht eine Neuauflage des alten Liedes vom deutschen Sonderweg – jetzt freilich einem pazifistischen –, dessen Geltung dann von Westdeutschland auf das vereinigte Deutschland übertragen wurde. Dieses Deutschland, hieß es, dürfe nach den im deutschen Namen im Zweiten Weltkrieg begangenen einzigartigen Verbrechen auf keinen Fall mehr zu den Waffen greifen – gleich ob im Auftrage der UNO oder einer europäischen Organisation. In der Verdammung des Konsumterrors und im Verdruss über den Parteienstaat trug und trägt diese bis heute kultivierte neue Ideologie des deutschen Sonderweges wie ihre Vorgängerin der zwanziger Jahre zugleich antimodernistische und antiamerikanische Züge. Vielfach im Namen eines Kampfes gegen die Globalisierung agierend, richtete sie sich gegen jede praktische Solidarität Deutschlands mit dem Westen, an erster Stelle mit den Vereinigten Staaten.

Mit dem Terrorakt des 11. September 2001 und der von der Bundesregierung zugesicherten „uneingeschränkten Solidarität“ mit dem schwer getroffenen Amerika schien dies anders geworden zu sein, selbst wenn auch in Deutschland Stimmen der Häme über das Amerika zugestoßene Unglück nicht ganz fehlten.

Eingeschränkte Solidarität

Nur ein Jahr danach hatte das Verhalten der Regierung Schröder im Wahlkampf des Spätsommers 2002 das Verhältnis des neuen Deutschland zu den Vereinigten Staaten indessen abermals in Turbulenzen gebracht und die Verlockung zu einer „wohlfeilen Ausbeutung“ „eines unseligen Antiamerikanismus“ (Hans-Ulrich Wehler) erneuert. Besonders fatal wirken musste hier der öffentlich verkündete Entschluss des Bundeskanzlers, die Bundesrepublik an Sanktionen gegen den irakischen Diktator Saddam Hussein auch dann nicht zu beteiligen, wenn diese von den Vereinten Nationen legitimiert würden. Wie dies schon antiamerikanische Pamphlete aus der Zeit des ersten Golfkrieges getan hatten, degradierte die deutsche Regierung die Weltorganisation damit zu einem verlängerten Arm der USA. Zugegeben, der Kanzler verwahrte sich gegen antiamerikanische Auswüchse in seiner Umgebung. Doch änderte dies nichts an der Tatsache, dass seine eigene Distanzierung von den USA als Signal dazu verstanden werden konnte.

Wie erwartet, löste der zweite Golfkrieg wie der erste eine Welle öffentlicher Proteste aus. Meinungsumfragen stellten eine rapide Verschlechterung des Amerikabildes bei den befragten Deutschen fest. Anders als im ersten Golfkrieg priesen die Demonstranten jetzt die UNO und brandmarkten deren Missachtung durch die USA. Auch die Bundesregierung entdeckte die UNO, der der Bundeskanzler gerade noch im Wahlkampf jede Unter-

stützung im Falle eines Irakkrieges verweigert hatte, behände wieder. Es darf gewiss nicht übersehen werden, dass die Regierung von George Bush an den Entgleisungen der Berliner Regierung nicht völlig unschuldig gewesen ist, hatte sie doch auf die Nahostkrise in recht widersprüchlicher Weise reagiert und schließlich mit ihrer militärischen Intervention im Irak in der Umgehung, ja Brückierung der UNO eine Tradition missachtet, die zu den wichtigsten Vermächtnissen der amerikanischen Außenpolitik im zwanzigsten Jahrhundert gehört. Präsident Bushs außenpolitisches Verhalten stieß denn auch in seinem eigenen Lande auf scharfe Kritik.

Wie auch immer verursacht – der transatlantische Disput um den zweiten Golfkrieg hat sowohl die NATO als auch die Europäische Union in eine tiefe Krise geführt. Der Gleichklang, der bisher zwischen einer Festigung der transatlantischen Bindungen und einer Vertiefung des europäischen Zusammenschlusses traditionell bestanden hatte, wurde jäh gestört. Durch die lähmende Zerstrittenheit, die zwischen den USA und dem so genannten „alten Europa“ einerseits und innerhalb Europas andererseits ausbrach, garieten die gemeinsamen Aufgaben aus dem Blickfeld, die sich der gesamten westlichen Welt und ihren Verbündeten als einer Solidargemeinschaft stellen. Nur die – nach wie vor von amerikanischem Schutz und amerikanischer Solidarität und Führung letztlich abhängige – westliche Völkergemeinschaft kann verhindern, dass die Welt in den nächsten Jahrzehnten in eine atavistische Tyrannei versinkt, wie sie in Nordkorea oder Zentralafrika herrscht.

Die gemeinsamen Wurzeln dieser westlichen Völkergemeinschaft aber liegen, auch wenn dies der Antiamerikanismus nicht wahrhaben möchte, ebenso in den Vereinigten Staaten wie in Europa.